

GLAUBENSSACHE: DAS KREUZ MIT DEN KIRCHENSTEUERN

VON URS AEBERLI, MITGLIED DER REFORMIERTEN KIRCHENPFLEGE WÜLFINGEN



Im Abstimmungskampf um die Unternehmenssteuerreform III engagierten sich zahlreiche Kirchenvertreter im Nein-Lager. Sie trieb eine grosse Sorge um: der drohende Rückgang der Firmensteuern für die Kirche. Diese machen bei der Reformierten Landeskirche des Kantons Zürich rund 29 Prozent der Einnahmen aus – Tendenz steigend. Der wachsende Anteil widerspiegelt zum einen das erfreuliche wirtschaftliche Prosperieren der Unternehmen im Kanton Zürich. Zum anderen offenbart diese Entwicklung auch ein tief sitzendes Problem: Die Kirchen sind immer mehr auf Firmen als Geldgeber angewiesen, weil es ihnen immer weniger gelingt, private Personen als Kirchenmitglieder und Beitragszahler zu halten.

Das zeigt sich vor allem Anfang Jahr. Es ist die unangenehme Zeit,

in der ich mit überdurchschnittlich vielen Menschen konfrontiert bin, die sich nicht mehr finanziell für die Kirche engagieren wollen. Sobald nämlich zu Beginn des Jahres die Steuererklärungen verschickt werden, häufen sich die Kirchengaustritte. Diese landen dann bei mir zum Unterschreiben. Es sind meist junge Menschen, die am Anfang ihres Berufslebens stehen und erstmals in spürbarem Umfang Steuern bezahlen müssen. Optimierungsmöglichkeiten gibt es in diesem Alter noch wenige – da kommt der Kirchengaustritt zupass, um die fiskalische Belastung wenigstens um ein paar Prozentpunkte zu verringern.

Jeder dieser Austritte bedeutet für mich eine persönliche Niederlage: Es ist mir nicht gelungen, dieser Person in meiner Kirche eine religiöse Heimat zu geben. Das ist umso schmerzlicher, als die jungen Menschen an sich stark an

Gott interessiert wären, fühlen sich doch laut der eidg. Jugendbefragung «ch-x» drei Viertel einer Religion zugehörig.

Zu denken gibt mir aber noch eine andere Studie, eine an der FHS St.Gallen verfasste Diplomarbeit, über die ich vor einiger Zeit in der Tagespresse gelesen habe. Diese legt den Schluss nahe, dass es tendenziell umso mehr Kirchengaustritte gibt, je höher die Kirchensteuer ist. Damit gehorcht offenbar auch die Kirchenmitgliedschaft grundlegenden ökonomischen Gesetzmässigkeiten: Je teurer ein Gut ist, desto weniger wird es nachgefragt. Und wenn man es sich schon leistet, dann möchte man dafür einen maximalen Gegenwert. Anders formuliert: Die Kirchenmitglieder wollen mit ihren Kirchensteuern die Solidarität mit Schwachen und Benachteiligten finanzieren. Sie wollen, dass mit diesen Mitteln besonders achtsam und haus-

hälterisch umgegangen wird. Hohe Kirchensteuersätze mögen da Fragen aufwerfen.

In die richtige Richtung ging der Entscheid der Reformierten Kirchgemeinden der Stadt Winterthur: In Anbetracht des hohen Eigenkapitals senkten sie den Steuerfuss von 13 auf 12 Prozent. Das ist ein starkes Zeichen dafür, dass die Kirche nicht einfach unbesehen Mittel anhäuft, für die sie auf absehbare Zeit keine Verwendung hat. Es verdeutlicht, dass die Kirche mit den Geldern ihrer Kirchenmitglieder sorgfältig umgeht – und nicht einfach nur auf die reichlich sprudelnden Unternehmenssteuern vertraut.

RUBRIK GLAUBENSSACHE

Hier melden sich Mitarbeitende der grossen Landeskirchen zu Wort: Vertreter der Katholischen und der Reformierten Kirche Winterthur äussern sich immer abwechselungsweise zu Themen, die herausfordern.